



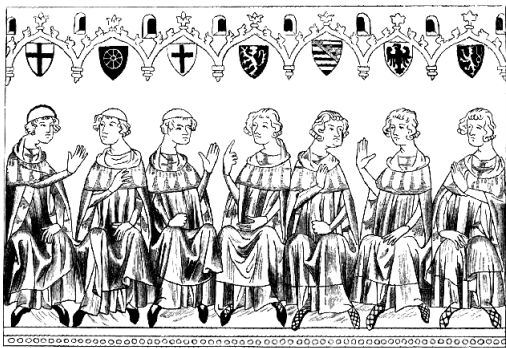
Günter Stock

## Politikberatung – aber wie?

Das moderne Leben wie die gesamte moderne Welt – und dieser Satz ist trotz seiner häufigen Wiederholung immer noch richtig – werden beide mehr denn je von der Wissenschaft geprägt und zunehmend durch sie gestaltet. Im politischen Bereich gibt es fast keine relevante Entscheidung, die nicht in irgendeiner Form von wissenschaftlicher Beratung abhängig wäre.

So einsichtig diese Feststellung sein mag, so komplex ist die Realität wissenschaftsbasierter Beratung in unserem Lande. Zwar haben unterschiedliche Kommissionen und Wissenschaftsorganisationen in der Vergangenheit Stellungnahmen zu Einzelfragen in durchaus genügender Zahl vorgelegt – was jedoch fehlt, ist eine verbindliche Aussage über den tatsächlichen ›Stand‹ der Wissenschaft bzw. bestimmter wissenschaftlicher Disziplinen und darüber, welche der vertretenen Meinungen eher Außen-seitermeinungen sind. So ist es gerade bei Beratungsaufgaben besonders wichtig, Mehrheits- und Minderheitsmeinungen in deutlicher und kritischer Weise zu unterscheiden und gegeneinander abzuwägen. Nicht weil der Wahrheitsgehalt der Mehrheitsmeinungen notwendigerweise und a priori größer wäre, sondern weil gerade wissenschaftliche Argumentationen transparent und quellenbasiert präsentiert werden müssen.

Neben den großen Wissenschaftsorganisationen, insbesondere der Deutschen Forschungsgemeinschaft, sind es (einige) Akademien der Wissenschaften und andere Forschungseinrichtungen, die unter anderem auf dem Gebiet der Gesellschaftsberatung und – noch fokussierter – Politikberatung, tätig sind. Überdies unterhalten die Bundesministerien (aber auch eine Reihe von Landesministerien) eigene Forschungsinstitutionen, die unter dem Begriff der ›Ressortforschung‹ zusammengefasst werden: Dabei handelt es sich um Forschungseinrichtungen, die an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik angesiedelt sind – Institutionen, welche einer neueren Untersuchung des Wissenschaftsrates zufolge selbst For-



schung in unterschiedlichem Umfang betreiben, um Ministerien in ihrer gesetzgeberischen und überwachenden sowie gewährleistenden Aufgabe wissenschaftlich zu beraten. Dieser Bereich wissenschaftlicher Beratung ist aufs Engste mit politischem Handeln verknüpft. Insoweit war die Untersuchung des Wissenschaftsrates, die im Übrigen noch fortgesetzt wird, dringend geboten, um den Ratgebenden wie den Ratsuchenden quantitative und qualitative Informationen darüber zu verschaffen, wie im nationalen wie internationalen Vergleich Beratungsleistungen erbracht werden.

Insgesamt ist die Politikberatung mit einer Reihe prinzipieller Schwierigkeiten behaftet: So möchte die Bevölkerung – und damit auch die Politik – wissenschaftlichen Rat im Falle krisenhafter Entwicklungen haben, jedoch sollte dieser Rat spätestens zum Höhepunkt der Krise zur Verfügung stehen – einerseits, um der Bevölkerung möglichst viel Klarheit über die Situation zu verschaffen, andererseits aber auch, um der Politik Möglichkeiten an die Hand zu geben, das in der Krise neu Gelernte möglichst rasch und zielgenau in Handlungen bzw. Reparatur- und Verwaltungsstrategien umzusetzen. Normale gesetzgeberische Vorhaben stehen naturgemäß nicht in dieser Form unter Zeitdruck.

Der wissenschaftliche Prozess ist primär auf Gründlichkeit und weniger auf Aktualität und Schnelligkeit ausgerichtet. Insoweit ist es besonders wichtig, Strategien zu entwickeln, welche die beiden gegenläufigen Interessenlagen – gerade bei krisenhaften Entwicklungen – zu harmonisieren vermögen. Ein wichtiges Instrument bildet hierbei die quasi antizipatorisch angelegte Durchführung von Forschungsvorhaben zu sicherheitsrelevanten Fragestellungen, um auf diese Weise vorbeugende Maßnahmen so weit wie möglich ergreifen, zumindest jedoch Reparaturmechanismen frühzeitig vorschlagen zu können, um im Bedarfsfalle schnell und zielgenau reagieren zu können. Eine solche vorausschauend angelegte Forschung hat gleichzeitig den Vorteil, eine Signalwirkung für möglicherweise eintretende Zustände zu entfalten, die entweder zu vermeiden oder – falls dies nicht möglich ist – zu minimieren sind. Daher ist Vorlauf- oder antizipatorische Forschung gerade im Bereich sicherheitsrelevanter Politikberatung eine essenzielle Kondition.

Dabei benötigt die Wissenschaft allen Freiraum und gleichzeitig alle Verantwortung, nicht nur für die Gestaltung des Fortschritts, sondern gerade auch, um auf die Vermeidung unerwünschter und damit sicherheitsrele-

vanter Ereignisse vorbereitet zu sein: Freiheit der Wissenschaft, Freiheit für die Wissenschaft, gerade auch in den Bereichen, die politiknah arbeiten. Gute Beratung speist sich aus profundem Wissen und nicht aus rhetorischen und semantischen Kunststücken, die auf bloßen Ad-hoc-Erkenntnissen beruhen. Wenn eine derart im wissenschaftlichen Prozess gewonnene Beratungsleistung auch noch den inner- und den außerwissenschaftlichen Dialog besteht, dann kann man von gelungener Politikberatung und erfolgreicher Gesellschaftsberatung sprechen, derer wir alle so dringend bedürfen.

Die Notwendigkeit aber ist der beste Ratgeber.

*Johann Wolfgang von Goethe*